

Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **6 (1926-1927)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

2. HEFT

OKTOBER 1926

VI. JAHRG.

---

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

---

## Das Getreidemonopol im Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Von Adolf Sturmthal.

### I.

Die Volkswirtschaft der Republik Oesterreich befindet sich in mancher Hinsicht in einer ähnlichen Lage wie die der Schweiz. Hier wie da eine Industrie, die überwiegend für den Weltmarkt produziert und so darauf angewiesen ist, ihre Produktionsbedingungen der Konkurrenz des Weltmarktes entsprechend zu gestalten, hier wie da eine Landwirtschaft, die nur einen kleinen Teil des inländischen Bedarfes zu decken vermag, während der weitaus größere Teil des Bedarfes an landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkte seine Deckung finden muß.

Einer Volkswirtschaft, die in so hohem Maße auf den Weltmarkt angewiesen ist, würde der Freihandel, der freie Weg vom und zum Weltmarkte, am meisten entsprechen. Trotzdem war man genötigt, gegenüber den Zollschranken, die insbesondere die Nachfolgestaaten gegen Oesterreich aufgerichtet haben, zu Schutzmaßnahmen für die einheimische Industrie zu greifen. Die österreichische Volkswirtschaft allein ist viel zu schwach, um der Konkurrenz der zollgeschützten Industrien der andern Staaten auf dem Weltmarkte schutzlos entgegenzutreten zu können.

Damit ist aber das Austauschverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie zuungunsten der Bauern verschoben, die infolge der höheren Preise der Industrieprodukte nur geringere Quantitäten derselben erwerben können.

So sehr also die österreichische Sozialdemokratie wünschen mußte, daß alle Zollschranken und sonstigen Hindernisse des freien Verkehrs über die Staatsgrenzen hinweg beseitigt würden, war sie doch gezwungen, zu erwägen, ob unter diesen Umständen eine Verweigerung des Schutzes für die einheimische Landwirtschaft möglich war. In den Jahren nach 1921, als der Getreidepreis auf dem Weltmarkte zu sinken begann und das Getreide von Uebersee die inländische Produktion zu ruinieren drohte, setzte die christlichsoziale Partei mit einer